

presse

AG des 1. Untersuchungsausschusses "Gorleben"

Gorleben: Keine Chance für kritische Wissenschaft

*Zur Zeugenvernehmung im 1. Untersuchungsausschuss "Gorleben" erklärt die Obfrau der SPD-Bundestagsfraktion **Ute Vogt**:*

Mit Reinhold Ollig wurde heute ein "Strippenzieher" der politischen Einflussnahme der Kohl-Regierung bei der Gorleben-Entscheidung im Untersuchungsausschuss vernommen. Ollig war im relevanten Zeitraum der Vorbereitung des Kabinettsbeschlusses im Juli 1983 Referent in Riesenhubers Forschungsministerium. In seiner Befragung präsentierte sich der Zeuge sozusagen als ministerieller "Gegenspieler" von Prof. Dr. Duphorn, der im Auftrag des Forschungsministeriums Gorleben wissenschaftlich erkundete.

Duphorn kam 1982 in seiner Gesamtbewertung nach monatelanger Forschungsarbeit zu dem Ergebnis, dass der Salzstock Gorleben als Endlager nicht geeignet sei. Das war aber den beamteten Wissenschaftlern in der Ministerialbürokratie gar nicht recht. Denn diese hatten sich vorgenommen Gorleben durchzusetzen und zwar nach der Methode "Augen-zu-und-durch" (ebenfalls eine Zeugenaussage). So formulierte beispielsweise Olligs Vorgesetzter Dr. Ziegler im Juni 1983 ein folgenreicheres politisches Ziel der Kohl-Regierung und forderte in seinem Vermerk Gorleben als "Endlager jetzt zügig zu errichten, nicht das Bestdenkbar Endlager irgendwann". Diesen Satz machte sich auch Ollig zu eigen. Deutlicher geht es wohl kaum.

Die glühenden Gorleben-Befürworter in der schwarz-gelben Bundesregierung brauchen jemanden, der Duphorns Studie diskreditierte. Das war offenkundig der Job von Reinhold Ollig. Denn in seinen 10-Antithesen zu Duphorns Expertise versuchte Ollig 1982 sämtliche Befunde Duphorns zu widerlegen. Auch in seiner heutigen Zeugenbefragung attestierte Ollig dem renommierten Professor Unkenntnis und "falsche Darstellungen". Dazu muss man wissen, dass Ollig im Jahre

1982 ein 28jähriger Referent im Forschungsministerium war, der gerade einmal seit fünf Jahren sein Geologie-Diplom in der Tasche hatte. Während Prof. Dr. Klaus Duphorn zum damaligen Zeitpunkt bereits ein international anerkannter Quartärgeologe mit ausgezeichnetem Ruf war.

Olligs Aktenvermerk - oder besser Verriss - landete dann auch "ganz zufällig" beim Deutschen Atomforum, das wiederum diese interne Regierungsakte als Presseerklärung herausgab. Wieder eine der großen "Ungereimtheiten" dieses Untersuchungsausschusses, die sich jedoch mit zunehmender Dauer und Intensität als Methode entpuppen.

Ein weiteres interessantes Detail aus den Akten: Dem Wunsch des sozialdemokratischen Forschungsministers von Bülow, nach Veröffentlichung des kritischen Duphorn-Gutachtens erklärte der Referent Ollig unmittelbar nach Regierungswechsel am 5. Oktober 1982 für "erledigt". Im Übrigen bestätigte der Zeuge Ollig, auf Frage des Abgeordneten Sebastian Edathy, dass die Benennung des Standortes Gorleben für die Bundesseite eine "große Überraschung" war.